

Presseunterlagen

PRESSEKONFERENZ

„Familienprotest! Geschlossen für die Familien und gegen die von der Bundesregierung geplanten Einsparungen im Familienbereich.“

Mag. Andreas Prenn, Obmann Vorarlberger Familienverband
Dr. Christoph Hackspiel, Vorarlberger Kinderdorf
Dr. Hubert Löffler, Institut für Sozialdienste

Freitag, 5. November 2010
10.00 Uhr
Spielplatz an der Ach, Wolfurt, Dammstraße
„Shanti-Spielplatz“ – beim Beachvolleyballplatz



Vorarlberger
Familienverband

Caritas



Vorarlberger
Kinderdorf
Wir tragen Sorge.



Institut für Sozialdienste
Vorarlberg



KiJa



familien
protest.at



Vorarlberger Familienbund

Gesellschaftspolitische
Plattform der
Katholischen Kirche
Vorarlberg

Rückfragen:

Vorarlberger Familienverband, Bergmannstr. 14, 6900 Bregenz
Barbara Fink, Geschäftsführung, T 0676/83373310 oder barbara.fink@familie.or.at

Mag. Andreas Prenn, Obmann Vorarlberger Familienverband

„Familien bitte warm anziehen – es wird kalt im Staate Österreich!“

Die österreichische Bundesregierung hat nach der Budgetklausur in Loipersdorf am 23. Oktober 2010 einen Budgetentwurf präsentiert der für die Familien massive Einschnitte bedeutet und so nicht hingenommen werden kann. In einem einzigartigen „Flickwerk“ ohne jede Vision und ohne Berücksichtigung der praktischen Auswirkungen für die Familien sollen ca. $\frac{3}{4}$ aller geplanten Einsparungen auf dem Rücken der Familien, der Kinder und der Jungen erfolgen.

Rund 400 Millionen Euro der angekündigten Einsparungen treffen die Familien direkt. Bei 1,3 Millionen Familien mit Kindern sind das 308 Euro pro Familie.

Mehrkindfamilien besonders betroffen

Besonders hart sind die geplanten Einschnitte in Mehrkindfamilien durch den geplanten Entfall des Mehrkindzuschlags. Der bereits an Einkommengrenzen gebundene Zuschlag macht pro Kind und Jahr 436,80 Euro aus und wird erst ab dem 3. Kind gewährt. Das heißt, diese Einsparung trifft eiskalt große Familien mit wenig Einkommen. Zudem sind Familien mit mehreren Kindern auch durch andere Einsparungen (z.B. 13. Familienbeihilfe) vermehrt betroffen, da der Abzug für jedes Kind erfolgt. Diese Maßnahme ist in höchstem Maße unsozial.

Studierende, die nicht in Vorarlberg studieren können

Eiskalt trifft es auch Eltern von studierenden Kindern über 24 Jahren. Rund 2.600 Euro pro Kind und Jahr werden wegfallen. Das wiegt für Vorarlberger Familien nochmals schwerer, da viele Studienrichtungen nur kostspielig außerhalb des Landes absolviert werden können.

Wertverlust der Familienleistungen

In schwierigen Zeiten sind auch die Familien bereit, einen Beitrag zur Budgetsanierung zu leisten. Und die Familien tragen bereits seit Jahren intensiv dazu bei. Die Familienleistungen werden in Österreich nicht regelmäßig valorisiert. Die Einführung der 13. Familienbeihilfe 2008 war nur ein kleiner Ausgleich für den Wertverlust der letzten Jahre. Die Familienbeihilfe verzeichnet selbst mit Einrechnung der 13. Familienbeihilfe einen Wertverlust im zweistelligen Bereich.

Auch das Kinderbetreuungsgeld hat seit der Einführung vor 8 Jahren bereits 18% des Wertes verloren.

Familien werden mehrfach zur Kasse gebeten

Familien werden auch „einnahmenseitig“ nochmals eiskalt erwischt: Durch die Mineralölsteuer – trifft vor allem Eltern, die ihre Kinder transportieren müssen, weil zum Beispiel in ländlichen Gegenden keine andere Wahl besteht. Durch die Bankenabgabe, die sich sicher sofort in höheren Gebühren für die Kunden niederschlagen wird.

Jede Investition in die Familien und ihre Lebensfähigkeit kommt tausendfach zurück. Familien leisten wahrlich unbezahlbare Arbeit. Der Wert der Arbeit den Familien in Kindererziehung, Hausarbeit und Pflege leisten beträgt in Österreich rund 60 Milliarden.

Forderungen des Vorarlberger Familienverbandes

Der Vorarlberger Familienverband als größte und überparteiliche Familienorganisation fordert ein grundlegendes Überdenken des präsentierten Sparplans.

- _ Keine Kürzung der Familiengelder. Familienförderungen können nicht einfach eingespart werden, das sind Investitionen in die Zukunft des Landes.
- _ Die Valorisierung der Familienleistungen. Was bei Pensionen möglich ist, muss es auch für Familien geben: Familienleistungen müssen wertgesichert werden und dürfen nicht von „Regierungsgrnade“ abhängig sein.
- _ Sicherstellung der Finanzierung des Familienlastenausgleichsfonds (FLAF). Keine zweckfremden Auszahlungen, langfristige Sicherung durch einen Prozentpunkt der Umsatzsteuer, da Familien auch durch Konsumsteuern hoch belastet sind.
- _ Die Erarbeitung und Einführung eines familiengerechten Steuersystems.
- _ Die Einführung des Familienwahlrechts, um den österreichischen Familien generell mehr politisches Gewicht zu geben.
- _ Eine nachhaltige, verlässliche Familienpolitik mit Visionen.

Landtag einstimmig gegen die Kürzungen bei Familien und Pflege

Der Vorarlberger Familienverband freut sich sehr über den am 3.11.2010 im Finanzausschuss des Vorarlberger Landtags von allen im Landtag vertretenen Parteien einstimmig gefassten Beschluss gegen die Kürzungen:

„Der Vorarlberger Landtag spricht sich für die Rücknahme des im Budget 2011 vorgesehenen Sparpaketes in den Bereichen Familie und Pflege aus. Diese Bereiche müssen neu verhandelt werden mit dem Ziel, Familien und Pflegebedürftige nicht zu belasten. Die Vorarlberger Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung für die Umsetzung des Beschlusses einzusetzen.“

Breite gesellschaftliche Front gegen Kürzungen der Familienleistungen

In einer aktuellen Market-Studie lehnen 61 Prozent der Befragten die „Reduktion der Zahlungen bei Kindergeld und Familienförderung“ entschieden ab, weitere 23 Prozent sagen

„eher nicht“. Unter allen erfragten Kürzungsvorschlägen werden Streichungen beim Familienbudget mit insgesamt 84 Prozent am meisten negiert.

In Vorarlberg gibt es eine breite gesellschaftliche Front gegen die Sparpläne im Familienbudget. Neben allen Landtagsparteien positionierten sich auch die Sozialpartner gegen die Kürzungen: Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, Landwirtschaftskammer und der Österreichische Gewerkschaftsbund treten gegen die Kürzungen im Familienressort auf. Die Gesellschaftspolitische Plattform der Katholischen Kirche engagiert sich ebenso für die Familien wie der Familienbund, das Vorarlberger Kinderdorf, das SOS-Kinderdorf, die Caritas, das Institut für Sozialdienste, sowie der Kinder- und Jugendanwalt.

Protestbuch

Der Dachverband KFÖ (Katholischer Familienverband Österreich) hat ein Protestbuch eingerichtet. Unter www.familienprotest.at können Familien ihren Ärger und Frust über die geplanten Einsparungen abladen. Hunderte Einträge zeichnen ein präzises Bild, wie Familien durch diese Kürzungspläne getroffen werden.

Am Samstag, 13. November wird es dazu auch österreichweit Aktionen geben. In Vorarlberg sind Infostände in den Fußgängerzonen von Bregenz, Dornbirn und Feldkirch in Vorbereitung.



Mag. Andreas Prenn, Vorarlberger Familienverband

„Geschlossen für eine verantwortungsvolle, verlässliche Familienpolitik mit Visionen“

„Wenn alle im Landtag vertretenen Parteien sich einstimmig gegen die geplanten Kürzungen im Familienbereich aussprechen, so ist das ein starkes Zeichen aus Vorarlberg und zeigt auch, dass sich die Vorarlberger Politik – genauso wie alle wesentlichen Institutionen des Landes - ihrer Verantwortung gegenüber den Familien und damit auch der Zukunft der Kinder und Jugend bewusst sind.“

Die OECD-Studie von 2005 zeigt zudem, dass sich Österreich in Bezug auf Leistungen an die Familie maximal im europäischen Mittelfeld bewegt. Zwar bewegen wir uns bei den Transferzahlungen wie Familienbeihilfe und Kindergeld im Spitzenfeld, doch gehört Österreich bei den indirekten Leistungen und vor allem bei der Berücksichtigung der Familiensituation in Hinblick auf die Steuergesetzgebung zu den Schlusslichtern. Während das vielzitierte Frankreich 3,79% des Bruttoinlandsprodukts für die Familien aufwendet, sind es in Österreich nur 2,88%.

„Als Obmann des Vorarlberger Familienverbandes und als Familienvater fordere ich die Regierung auf, ihrer Verantwortung für eine verantwortungsvolle und vor allem verlässliche Familienpolitik nachzukommen. Das heißt, Rücknahme des geplanten Sparpakets und Ausarbeitung von familienpolitischen Maßnahmen mit Zukunft unter Einbeziehung der Betroffenen.“

Mag. Andreas Prenn, Obmann Vorarlberger Familienverband, T 0664/6255597
www.familie.or.at

Dr. Christoph Hackspiel, Geschäftsführer Vorarlberger Kinderdorf

„Pauschale Kürzungen sind unverantwortlich und müssen zurückgenommen werden!“

Die Basis unserer Gesellschaft bilden gesunde Familien. Wenn sie stark sind, ist das Fundament für heute und für unsere Zukunft tragfähig. Einsparungen bei Leistungen für die Familie unterhöhlen das Vertrauen in die Mitverantwortung unseres Staates und sind deshalb Gift für das Gefühl von Sicherheit und Verlässlichkeit, das Familien und deren Kinder brauchen.

Pauschale Kürzungen, ohne dabei die jeweilige Einkommenssituation zu berücksichtigen, sind unverantwortlich und müssen zurück genommen werden.

Wir treten zudem dafür ein, familienunterstützende Maßnahmen des Bundes im Bereich der Kinder- und Schülerbetreuung zu verstärken. Es müssen Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit Nahräume, Schulen und Betriebe Schritte für mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit – als Zukunftsthema unserer Gesellschaft – setzen können.

Dr. Christoph Hackspiel, Geschäftsführer Vorarlberger Kinderdorf, T 05574/4992-0
www.kinderdorf.cc

Dr. Hubert Löffler, Institut für Sozialdienste

„Investition in die wirtschaftliche Zukunft Österreichs“

So erfreulich es ist, dass sich die Vorarlberger Landesregierung um eine Zurücknahme des Sparpaketes in den Bereichen Familie und Pflege bemühen soll, so hängt doch der Ernst dieses Beschlusses vom Ernst dieser Bemühungen ab.

Wie wird Vorarlberg reagieren, wenn ihrem Wunsch in Wien nicht entsprochen wird? Allein daran wird sich bemessen, ob dieser Beschluss ein Lippenbekenntnis für das Wählervolk oder ein unbedingtes Anliegen ist.

Welche Macht Bundesländer auf die Entscheidungen des Bundes haben, zeigt sich nicht nur bei der Verhinderung der überfälligen Verwaltungsreform sondern seit 2 Jahren auch in der Blockade des neuen Kinder- und Jugendhilfegesetzes. Die Länder verhindern mit Erfolg – leider sogar gegen die Interessen ihrer Kinder und Jugend - ein neues Gesetz, weil es ihnen nur ein wenig mehr kosten würde. Und das, obwohl alle Fachkräfte – auch die im öffentlichen Dienst – die neuen Regelungen als deutlich besser beurteilen.

Jede sinnvolle Investition in die Familien, Kinder und Jugendlichen ist eine Investition in die wirtschaftliche Zukunft Österreichs.

Dr. Hubert Löffler, Institut für Sozialdienste, T 05522/39566
www.ifs.at

DSA Michael Rauch, Kinder- und Jugendanwalt

„Sparen zu Lasten der Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen!“

Kinder- und Jugendanwalt Michael Rauch kritisiert die Streichung von Familienleistungen: „Die Politik erhöht den Druck vor allem auf sozial schwache und Mehrkindfamilien massiv – das ist Sparen zu Lasten der Entwicklungschancen von Kinder und Jugendlichen!“ Es ist zu hoffen, dass die Bundespolitik der einstimmigen Empfehlung des Finanzausschusses des Vorarlberger Landtags „die Rücknahme des im Budget 2011 vorgesehenen Sparpaketes in den Bereichen Familie und Pflege vorzunehmen“ nachkommt!

Kinder- und Jugendanwalt DSA Michael Rauch, T 05522/84900
www.kija.at

Direktor Peter Klinger, Caritas Vorarlberg

„Löwenanteil der Einsparungen von den Familien: Das darf doch nicht wahr sein!“

Familien sind das Fundament einer Gesellschaft und an diesem Fundament wird mit der Budget-Planung der Regierung gerüttelt. Gerade in einer Zeit, in der Familien all unsere Unterstützung brauchen und das Mut-machen zu Kindern ein Gebot der Stunde wäre, versucht die SPÖ-ÖVP-Regierung bei den Familien den Löwenanteil der Einsparungen zu holen. Das darf doch nicht wahr sein! Der Caritas liegen Familien mit niedrigem Einkommen besonders am Herzen, für sie sind wir in unserer täglichen Arbeit da. Sie trifft das Sparpaket wie ein Hammerschlag und ist schmerzvoll. Daher sind wir Anwalt für diese Familien und beteiligen uns am Familienprotest.

Dir. Peter Klinger, Caritas, T 05522/200-0
www.caritas-vorarlberg.at

Inge Sulzer, Vorarlberger Familienbund

„Ohne Familien ist kein Staat zu machen!“

Ohne die vielfältigen Leistungen, welche die Familien erbringen, wäre eine erfolgreiche Gesamtarbeit zum Erhalt des Staatswesens gar nicht möglich. Diese Leistungen werden immer noch als „Selbstverständlichkeit“ hingenommen. Nur wenn Familienarbeit aus sozialen, gesundheitlichen oder wirtschaftlichen Gründen nicht mehr erbracht werden kann, wird das Fehlen wahrgenommen und man ist betroffen über die Höhe der Mittel, welche öffentliche Stellen für die Substitution oder die Folgen nicht erbrachter Familienleistungen aufwenden müssen. Der Österreichische Familienbund setzt sich daher für die Anerkennung der erbrachten Arbeit der Familien sowie für die Unterstützung der Familien ein. Jede Kürzung beim Familienbudget führt zu nachhaltigen Einschnitten im System „Familie“ und ist daher abzulehnen. Sparen ist notwendig, gerade für unsere Kinder, die ihre Zukunft auch noch gestalten können sollen – aber nicht auf dem Rücken der Familien!

Mit jeder Streichung von Familienleistungen wird ein Trend gegen Familien gesetzt. Österreich braucht Familien. Es muss nachhaltig jungen Menschen Mut und Begeisterung für Familie gemacht werden. Daher plädieren wir vom österreichischen Familienbund nochmals gegen jegliche Kürzungen im Familiensektor.

Inge Sulzer, Vorarlberger Familienbund, T 05574/54408
www.leihoma.at

„So geht es nicht!“

Während bei der Bundesbudget-Planung im Umwelt- und Gesundheitsbereich sowie im Finanzsektor zumindest ansatzweise ökosozial sinnvolle Lenkungsmaßnahmen beschlossen wurden, erachten wir die Einsparungen bei Familien, Pflegebedürftigen und bei der Entwicklungshilfe als ein falsches Signal.

Die SPÖ-ÖVP-Regierung will in einer Zeit, in der sich die Alterspyramide umkehrt, in der immer weniger Kinder geboren werden und viele Mehrkindfamilien an der Armutsgrenze leben, den Löwenanteil der Einsparungen ausgerechnet über Kürzungen der Familienbeihilfe und anderer Familienbegünstigungen bewerkstelligen. 378 Mill. Euro Kürzungen im Familienbereich stehen beispielsweise bescheidene 50 Mill. Euro zusätzliche Einnahmen aus der Besteuerung von Aktiengewinnen gegenüber. Das ist absolut unverhältnismäßig!

Auch die Pläne einer Kürzung der österreichischen Entwicklungshilfe-Zahlungen für arme Länder lehnen wir ab. Österreich liegt mit 0,3% des Bruttonationaleinkommens ohnehin schon weit unter den zugesagten 0,7%. Weitere Kürzungen sind für das 7.reichste Land der Welt angesichts einer Milliarde hungernder Menschen zynisch. Gegen diese Entsolidarisierung mit den Ärmsten protestieren wir!

Wir erwarten uns, dass die Regierung Verantwortung für die Zukunft der Kinder übernimmt, in Österreich ebenso wie in den ärmsten Ländern der Welt.

Dr. Walter Schmolly - Pastoralamtsleiter Diözese Feldkirch, Dir. Peter Klinger, Caritas-Direktor, Dr. Karoline Artner - Werk der Frohbotschaft, Herbert Nussbaumer - Vorsitzender der Katholischen Männerbewegung, Mag. Josef Kittinger - Bildungshaus St. Arbogast, Mag. Christian Kopf - Bildungshaus Batschuns, Dr. Michael Willam - EthikCenter Diözese Feldkirch

c/o Katholische Kirche Vorarlberg, Dr. Michael Willam, T 05522/3485-216
www.kath-kirche-vorarlberg.at